

Fachkommission Wohlstand

Gesamtentwurf

Stand: 14. April 2023

Teil I: Wohlstand und Soziale Marktwirtschaft

Wir als CDU versprechen: Wohlstand für Alle! Dieses Versprechen hat die Erfolgsgeschichte unseres Landes geprägt: Ludwig Erhard und Konrad Adenauer haben es an die junge Bundesrepublik ausgesprochen - und es hat sich im Wirtschaftswunder erfüllt. Helmut Kohl hat es an das geteilte Deutschland ausgesprochen - und es hat sich im wiedervereinigten Deutschland erneut bewahrheitet. Angela Merkel hat das Land durch mehrere Krisen geführt - und dabei seinen Wohlstand erhalten. Das Wohlstandsversprechen zu geben und einzulösen ist nicht nur eine wirtschaftspolitische Entscheidung. Dieses Versprechen ist tief in unserer Identität verwurzelt und Garant von nationaler Einheit und Zusammenhalt. Die CDU auch in Zukunft schafft Wohlstand für Alle. Sie gibt Sicherheit in neuen Zeiten.

Die Erneuerung von ‚Wohlstand für Alle!‘

Wohlstand bedeutet mehr als Besitz und Einkommen. Wohlstand gibt dem Einzelnen wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität, er ermöglicht Eigentum und Vermögen und er sichert Teilhabe an Umwelt, Heimat und Gemeinschaft.

Unser Wohlstandsversprechen gilt für alle, ungeachtet von Herkunft, sozialem Status, persönlichen Präferenzen. Für dieses Versprechen gilt das Leitbild der Subsidiarität: Nur wo die Mühe des Einzelnen nicht mehr ausreicht, ist der Staat gefragt. Der Staat schafft keinen Wohlstand, er entsteht vielmehr durch Millionen individuelle Entscheidungen. Der Staat setzt den Rahmen für diese Entscheidungen und dient so den Bürgern, damit sie eine faire Chance auf Wohlstand haben.

Ohne Wachstum kann es keinen Wohlstand geben. Wachstum ist Ausdruck des menschlichen Strebens nach Verbesserung. Ohne Wachstum kommt es zu technologischer und wirtschaftlicher Stagnation. Dieser Stillstand führt zu gesellschaftlicher Spaltung und Verteilungskämpfen. Eine Politik, die das Ziel wirtschaftlichen Wachstums aufgibt, ist eine Politik der Verkümmern. Solche Politikentwürfe lehnen wir ab.

Ohne Innovation und neuen Ideen ist auch keine ökologische und soziale Nachhaltigkeit möglich. Wir setzen auf marktverträgliche Regeln, die das Wachstum schrittweise vom Verbrauch endlicher Ressourcen entkoppeln.

Die Soziale Marktwirtschaft der Zukunft

Der Weg zum Wohlstand war, ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft. Als einziges Ordnungssystem verbindet sie die Freiheit des Einzelnen, die Kraft des Wettbewerbs und gemeinschaftliche Solidarität miteinander.

1. Die Soziale Marktwirtschaft schafft Freiheit: Sie setzt die Leitplanken in unserer Volkswirtschaft, schafft Aufstiegschancen und garantiert Sicherheit. Sie stellt das kreative und wertschaffende Potenzial des selbstbestimmten Menschen in den Mittelpunkt.
2. Die Soziale Marktwirtschaft schafft fairen Wettbewerb: Die marktwirtschaftlichen Kräfte sind einzigartig produktiv für Wohlstand und Gemeinwohl - solange sie in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Wettbewerb verhindert verkrustete Strukturen und beschränkt Macht, er sorgt für Erneuerung, Aufstiegschancen und neues Wachstum. Ein starker ordnungspolitische Rahmen schützt diese Kräfte vor Verzerrung und Fehlanreizen. Das ist Wettbewerb durch Ordnungspolitik.
3. Die Soziale Marktwirtschaft schafft Gerechtigkeit und Solidarität: In ihr übernehmen die Bürger Verantwortung füreinander. Wer nach seinen Möglichkeiten zu unserer Gemeinschaft beiträgt, soll auch an ihr teilhaben und wird nicht zurückgelassen. Dadurch wird gesellschaftliche Begegnung auf Augenhöhe ermöglicht und der soziale Frieden gestärkt.

Autoritären aller Ideologien entgegnen wir: Die Soziale Marktwirtschaft spricht jedem das Versprechen aus, selbst Autor seines Lebensglücks zu sein. Als Volkspartei der Mitte und der Sozialen Marktwirtschaft dulden wir keinen bevormundenden Staat. Die freiheitliche, selbstständige Entscheidungsfindung des Individuums hat Vorrang - solange sie nicht die Freiheit eines Anderen verletzt.

Libertären und Marktradikalen entgegnen wir: Die Soziale Marktwirtschaft schafft Sicherheit. Sie strebt danach, Hunger, Gewalt und Armut zu überwinden. Wir sind davon überzeugt, dass sowohl dem Einzelnen als auch der Gemeinschaft gedient ist, wenn Solidarität und Gerechtigkeit gelebt werden. Das heißt für uns: Rufe nach ungezügelter Individualismus und

Libertarismus sowie Versuche, den Freiheitsbegriff gegen die Solidarität auszuspielen, lehnen wir ab. Freiheit kommt für uns immer mit Verantwortung für sich und andere.

Die Soziale Marktwirtschaft bietet Schutz vor allen Absolutheiten: vor dem übermächtigen Staat ebenso wie vor dem ungezügelten Markt.

Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Die CDU hat die Soziale Marktwirtschaft unter widrigen Bedingungen und gegen vielfachen Widerstand eingeführt, immer wieder standhaft verteidigt und durch die Wiedervereinigung zu einem gesamtdeutschen Erfolg ausgeweitet. Dabei hat sie die Soziale Marktwirtschaft immer wieder erneuert. Durch sie wurden Wirtschaftswunder, Wohlstandsversprechen und Wiedervereinigung wahr; durch sie wurde "Made in Germany" zur weltweiten Qualitätsmarke und Deutschland zur globalen Wirtschaftsmacht; und durch sie wurden Millionen von Hunger, Armut und Unterdrückung befreit. Dafür steht die CDU.

Auf Deutschland wartet ein anstrengendes Jahrzehnt. Deshalb müssen wir mit Mut und Tatkraft vorangehen. Wir in der CDU sind bereit, in einer Welt der Umbrüche unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung immer wieder zu reflektieren, gegebenenfalls zu erweitern und anzupassen - aber niemals aufzugeben. Wir wollen an einer Zukunft des Wohlstands für Deutschland bauen.

Teil II: Standort Deutschland in der Welt

Das Geschäftsmodell unseres Landes ist bedroht: Günstige Energie, Exporterfolge und transatlantische Sicherheitsgarantien sind keine Selbstverständlichkeiten mehr. Für Wohlstand in neuen Zeiten müssen wir uns auf die Stärken unseres Landes konzentrieren.

Klimaneutrales Industrieland der Zukunft

Auch für die nächsten Jahrzehnte gilt: Ohne Industrie kein Wohlstand. Wir in der CDU haben uns immer zur Industrie als Rückgrat der Wirtschaft bekannt. Das hat sich ausgezahlt: Unsere Wertschöpfung ist in weiten Teilen industriegetrieben. Qualität „Made in Germany“ ist weiterhin in der Welt gefragt und ein entscheidender Markenkern der deutschen Wirtschaft. Arbeitsplätze in der Industrie sind gute Arbeitsplätze, oftmals tarifvertraglich gesichert, gut bezahlt und Stabilitätsanker für die Demokratie. Und die Stärke der deutschen Industrie entlang der gesamten Wertschöpfung bildet das Rückgrat unserer strategischen Resilienz und Unabhängigkeit von verwundbaren Lieferketten. Im Industrieland der Zukunft sind

industrieller Mittelstand und Großunternehmen zentrale Bausteine des wirtschaftlichen Erfolgs und gleichzeitig Impulsgeber und Ideenfabriken. Ein Industrieland braucht eine entsprechende Logistik-Infrastruktur und eine verlässliche Energieversorgung (-> *Anknüpfung an AG Energie der FKs Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit*). Wir wollen den Anteil, den die industrielle Wertschöpfung an unserem Bruttoinlandsprodukt hat, wieder über 20 Prozent bringen. Deutschland muss Industrieland bleiben.

Wir sind überzeugt: Unsere Industrie kann sich in ihrer gesamten Breite ökologisch und energetisch transformieren. Den Irrweg, die Industrie auf die heute bereits nachhaltigen Bereiche zu reduzieren, werden wir nicht beschreiten. Denn: Wo wir nicht produzieren, müssen wir importieren - häufig zu deutlich klimaschädlicheren und weniger nachhaltigen Konditionen. Jedes Produkt, das in Deutschland profitabel produziert werden kann, gehört für uns zur Industrie der Zukunft. Dafür schaffen wir Planungssicherheit und Anreize und entfernen Hürden für nötige Investitionen. Private Initiative und Investition bleibt der Schlüssel zu Wachstum und Fortschritt.

Wir wollen Wachstum immer stärker vom Verbrauch fossiler Ressourcen entkoppeln. In einer Gesellschaft mündiger Bürger führt der Weg zur Nachhaltigkeit nicht über moralisierende Appelle oder invasive Verbote. Stattdessen setzen wir auf marktsteuernde Anreize: Wenn der Staat durch marktwirtschaftliche Preissysteme seinen Beitrag dazu leistet, dass sich Nachhaltigkeit lohnt, garantiert der Markt die erfolgreiche Transformation. Durch gezielte Förderung und Entlastung in der Startphase von Zukunftstechnologien kann produktive Selbstständigkeit in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Und wo der marktwirtschaftliche Mechanismus zu kurz greift, muss der Staat Wirtschaft und Gesellschaft zur Nachhaltigkeit verpflichten. So wird das Industrieland Deutschland nachhaltig und bleibt wettbewerbsfähig. (-> *Anknüpfung an FK Nachhaltigkeit*)

Exportland: Souveränität zwischen Autarkie und Abhängigkeit

Wir bekennen uns zum Freihandel. Dazu gehört ein reflektierter Umgang mit gegenseitigen Abhängigkeiten. Denn stabiler Wohlstand braucht Souveränität. Die Krisen der Gegenwart zeigen: Viele Wertschöpfungsketten sind fragil, unsere Versorgung mit essenziellen Ressourcen ist verwundbar. Als CDU werben wir deshalb für eine neue Balance von arbeitsteiliger Effizienz und souveräner Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Wir in der CDU erkennen an, dass ‚Wandel durch Handel‘ kein ausreichender außenpolitischer Grundsatz mehr ist. Doch Autarkie und Rückzug können nicht die Lösung sein. Freier Handel schafft Mehrwert: Wettbewerb lässt neue Ideen entstehen und mehrt den weltweiten Wohlstand. Deshalb setzen wir auch in Zukunft auf freien Welthandel mit fairen Wettbewerbsbedingungen. Nur Handel mit vielen verlässlichen Partnern reduziert das Risiko von Abhängigkeiten.

Wir stellen uns darauf ein, dass der freie Handel durch geopolitische Machtansprüche und einem neuen Wettbewerb der Systeme herausgefordert wird. Um dem zu begegnen, müssen wir strategische Allianzen bilden, vor allem mit Regionen, die unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung teilen. Wir wollen dafür den europäischen Wirtschaftsraum über seine engen institutionellen Bindungen der Europäischen Union hinaus erweitern. Das Vereinigte Königreich, Norwegen, die Schweiz, die Türkei, Israel und - in einer Übergangsphase zur EU-Mitgliedschaft - die Ukraine gehören zu dieser europäischen Wirtschaftsregion.

Europäische Handelspolitik muss weltweit konsequent auf Verbesserungen beim Marktzugang für Güter und Dienstleistungen anstreben, um Hemmnisse für unsere Unternehmen auf Drittmärkten abzubauen. Dafür sprechen wir uns für die Stärkung der Welthandelsorganisation und die Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen aus. Mit Blick auf wachsende Märkte in Südostasien und Lateinamerika können wir neue Absatzmärkte erschließen und am fortschreitenden globalen Wirtschaftswachstum teilhaben. Mit Blick auf Regionen am Scheideweg der Systeme, wie Subsahara-Afrika, können wir auf langfristige demografische und wirtschaftliche Entwicklung setzen und Industrienationen von morgen nicht Systemkonkurrenten überlassen.

Zu große und einseitige Abhängigkeiten lehnen wir und ziehen die Souveränität unseres Landes kurzfristigen Wohlstandsgewinnen vor. Niemals dürfen wir von einem Staat, einem Transportweg, einem Energieträger oder einem Rohstoff allein abhängig sein. Wo möglich, begegnen wir diesem Risiko durch eine möglichst multipolare und auf verlässliche Partner gestützte Handelsintegration. Wo nötig, schaffen wir in Deutschland und der EU eigene Kapazitäten, die essenzielle Güter und Wertschöpfungsschritte krisensicher und redundant gewährleisten. Wo Bemühungen um Resilienz und Souveränität jenseits des Kalküls einzelner Unternehmen liegen, muss der Staat eine gestaltende Rolle einnehmen. Dazu gehört auch, die Profitabilität von strategisch gebotener Entwicklung und Produktion sicherzustellen.

Uns muss bewusst sein: Nicht alle Länder der Welt teilen unseren Wunsch nach einer globalen Wirtschaft im Dienste der Weltgemeinschaft. Manche begreifen ihre Interessen als unseren Zielen entgegengesetzt. Wir bekennen uns zum gegenseitig vorteilhaften Freihandel. Trotzdem müssen wir unsere wirtschaftliche, politische und finanzielle Stärke ausspielen, damit deutsche und europäische Interessen nicht in der globalen Konkurrenz untergehen. Wo andere Staaten und Systeme den wirtschaftlichen Konflikt suchen, ist Untätigkeit verantwortungslos.

Fortschrittsland Deutschland

Wir in der CDU glauben an den Fortschritt. Er verbessert unser Leben und mehrt unseren Wohlstand. Ohne Wachstum und Fortschritt auch keine neuen Krebstherapien. Den Apokalyptikern entgegen wir: Die Welt ist heute eine bessere als vor 20 Jahren. Und wir sind überzeugt: Die besten Jahrzehnte liegen noch vor uns.

Statt den Fortschritt aufzuhalten, werden wir ihn Bahnen lenken, die das Gemeinwohl befördern. Wir stehen neuen Technologien und Möglichkeiten aufgeschlossen gegenüber, um sie unter Wahrung unserer ethischen Grundsätze für den Wohlstand aller zu nutzen.

Künstliche Intelligenz und Datenökonomie können Arbeitsabläufe optimieren, Effizienz steigern, komplexe Zusammenhänge offenlegen und präzise und schnell arbeiten. Dafür braucht es eine verlässliche und schnelle Dateninfrastruktur, eine sichere Versorgung mit Halbleitern, Rechenleistung und Speicherkapazität. Biotechnologie verspricht medizinischen Fortschritt und eine ertragreichere Landwirtschaft. Dafür müssen wir aber unbegründete Ängste vor diesen Technologien ablegen sowie natürliche Prozesse und wissenschaftliche Errungenschaften zusammenführen. Automatisierung und Robotik erlauben ungeahnte Steigerungen in Produktivität und Qualität. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass unser Arbeitsmarkt, unser Bildungs- und unser Sozialsystem den sich daraus ergebenden Strukturwandel erfolgreich begleiten können.

Wir in der CDU sind überzeugt: In neuen Technologien liegt die Zukunft unserer Wirtschaft. Gerade deshalb ist es essenziell, dass bei ihrer Entwicklung, Einführung und Verankerung die Menschenwürde im Mittelpunkt steht. Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt und Selbstbestimmtheit und Gesundheit geschützt werden. Und wo die rapide technologische Entwicklung droht, sich zu Ungunsten unserer Sicherheit zu verselbstständigen und existenzielle Risiken zu entwickeln, sprechen wir uns für entschiedene Intervention des Staates

aus. Einen rücksichtslosen Umgang mit sozialer Verantwortung, ethischen Grundsätzen und unserer Schöpfung werden wir verbieten.

Dafür muss deutsche Exzellenz in der Forschung künftig öfter zu wirtschaftlichem Erfolg und Wertschöpfung in Deutschland und der EU führen. Zu häufig werden Innovationen und Durchbrüche 'Made in Germany' in Deutschland dann nicht genutzt und kommerzialisiert, sie kommen stattdessen auf ausländischen Märkten zur Anwendung. Wir müssen das Zusammenspiel von Forschung und Wirtschaft stärken: durch stärkere Kooperation von Unternehmen, Universitäten und Forschungszentren, durch mehr verfügbares Investitionskapital für Innovationen, und durch bessere Bedingungen für innovative Gründungen.

Deutschland ist das Land von Erfindergeist und Innovation. Gemeinsam mit der starken Industrie ist das die Basis unseres Wohlstands. Wir arbeiten daran, dass das so bleibt.

Teil III: Arbeit und Fachkräfte

Arbeit ist ein Beitrag zur Gemeinschaft, der Weg zu individuellem Wohlstand und sinnstiftender Lebensinhalt. Sie schafft zudem gesellschaftlichen Mehrwert und volkswirtschaftlichen Wohlstand. Arbeit ist Kernbestandteil der bürgerlichen Existenz. In der Arbeit verwirklicht sich das schöpferische Potenzial des selbständigen Individuums im Sinne des Gemeinwohls. Eine auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik schafft Arbeit, befördert eine gerechte Gesellschaft und ist die Basis guter Sozialpolitik.

Wer arbeiten kann, soll arbeiten

Als christlich-soziale Partei verstehen wir den Menschen als sozial und verantwortlich. Der Einzelne trägt die Verantwortung für sein eigenes Lebensglück und hat das Seine zum Gelingen unseres Gemeinwesens beizutragen. Aus dieser Verantwortung ergibt sich: Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Wer arbeiten will, braucht Zugang und Möglichkeit zur Arbeit. Vollbeschäftigung bleibt unser Leitbild für einen starken Arbeitsmarkt.

Erwerbsarbeit und ihre gerechte Entlohnung sind die materielle Grundlage eines selbstbestimmten Lebens. In unserer modernen Gesellschaft gibt es eine große Vielfalt von Lebensentwürfen, Familienkonstellationen und Lebensbedingungen. Die Idee der

Erwerbsarbeit zu weiten mit Blick auf familiäre Flexibilität in der Arbeitszeit, sowohl im Verlauf des Monats als auch im Verlauf der Karriere, ein Lebensarbeitszeitkonto und die in Arbeitsabläufe integrierte Möglichkeit zum ortsunabhängigen Arbeiten können Produktivität in der modernen Welt steigern und sinnstiftende Arbeit ermöglichen. Dabei muss der Mensch Subjekt bleiben, statt Objekt zu werden: Flexibilisierung darf nicht zur Allgegenwärtigkeit von Arbeit und den damit einhergehenden Erwartungen und Hierarchien führen.

Leistung, die sich lohnt

Wer mehr leistet, muss auch mehr verdienen. Dieses Leistungsprinzip ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Nur wenn mehr eigene Anstrengung auch mehr Lohn bedeuten, gibt es einen selbstbestimmten Weg zu Eigentum, Vermögen und Wohlstand. Und wenn das Erbringen von mehr Leistung auch im wirtschaftlichen Interesse des Einzelnen ist, profitieren alle.

Wir fordern ein neues Zusammenspiel von Sozialsystem und Arbeitsmarkt. Der leistungsorientierte Arbeitsmarkt der Zukunft muss flexibel sein: Unternehmerische Freiheit bei Personalentscheidungen ist essenziell für marktwirtschaftliche Effizienz. Dieser effiziente Markt darf aber niemanden auf der Strecke lassen. Deshalb muss das Sozialsystem in der Lage sein, zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit und Jobverluste aufzufangen. So vereinen wir die Leistungsstärke des freien Markts und die Sicherheit des starken Staats. Das ist unser Entwurf für den Arbeitsmarkt der Zukunft.

Für diese Perspektive brauchen wir eine Deregulierung und Entbürokratisierung von Personalentscheidungen. Die marktwirtschaftliche Ordnung garantiert ein strenges Leistungsprinzip - aber nur, solange Unternehmen in ihren Personalentscheidungen frei sind. So stellen wir ohne invasive Intervention sicher, dass wichtige Aufgaben von der richtigen Person ausgeübt werden.

Dafür müssen auch die Sozialsysteme Deutschlands nach dem Leistungsprinzip strukturiert werden: Die Arbeit der Zukunft wird nur bewältigt, wenn es klare Anreize gibt, zu arbeiten und einen Beitrag zu leisten. Bedingungs- und anreizlose Finanzierung durch den Staat ist deshalb nicht vereinbar mit unserem Gesellschaftsbild. Um die kommenden Jahrzehnte zu meistern, sind alle gefragt. Das muss das Sozialsystem abbilden - auch aus Verantwortung gegenüber der Mehrheit unserer Gesellschaft, die Steuern zahlt und damit Sozialleistungen finanziert.

Gleichzeitig ist klar: Betriebswirtschaftliche Schwierigkeiten, gesundheitliche und soziale Herausforderungen können unverhofft und unkontrollierbar Berufslaufbahnen in Frage stellen.

Hier bedeutet für uns als CDU das Leistungsprinzip: Die Unterstützung des Sozialstaats muss auf eine Reintegration in den Arbeitsmarkt und die Gemeinschaft ausgerichtet sein. Der Staat hilft den Menschen, bis sie wieder auf eigenen Beinen stehen. Das bedeutet: Die finanziellen Effekte kurzfristiger Arbeitslosigkeit müssen durch höhere Beträge stärker aufgefangen werden. Den Schäden der Langzeitarbeitslosigkeit müssen wir mit starken Anreizen, gezielter Weiterbildung und, wenn nötig, entschiedenen Sanktionen entgegentreten.

Wo Existenzgrundlagen und Lebenspläne wegbrechen, können Menschen häufig keinen erfüllenden Weg zurück auf den Arbeitsmarkt finden. Und Notfälle und Katastrophen können ein Leben aus der Bahn werfen und die Möglichkeit der Lebensführung aus eigenen Mitteln in weite Ferne rücken. Dann steht der Staat in der Verantwortung, berufliche Perspektiven und damit Chancen zu ermöglichen. Das gilt besonders angesichts drohender Verluste von beruflichen Möglichkeiten durch Strukturwandel, Automatisierung und Digitalisierung.

In einigen Branchen bröckelt das Leistungsprinzip: Wertvolle Arbeit für unsere Gemeinschaft wird zu wenig belohnt. Die Antwort darauf darf nicht lauten, Marktverzerrungen mehr Eingriffe und Umverteilung entgegenzusetzen, die das Leistungsprinzip immer weiter beschädigen. Stattdessen müssen wir an der Wurzel ansetzen. Scheinselbstständigkeiten, übermächtige multinationale Konzerne oder das Ausnutzen der Fürsorge und des Engagements von Arbeitnehmern: Solche Schief lagen und Machtasymmetrien müssen ausgeglichen werden.

In den letzten Jahrzehnten hat der Staat immer tiefer in die Organisation der Arbeitsprozesse gesetzlich eingegriffen und die Freiheit der Sozialpartner zur Vereinbarung pragmatischer Lösung erschwert oder unmöglich gemacht. Wir wollen diesen Prozess umkehren und die Sozialpartner wieder stärker in die Verantwortung nehmen. Ob bei der Arbeitszeit, bei sozialen Maßnahmen im Interesse der Familien oder Fragen der betrieblichen Zusammenarbeit: Sozialpartner oder der Partner der betrieblichen Mitbestimmung sollen von den gesetzlichen Regelungen abweichende Vereinbarungen treffen können. Damit wird auch bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Verbänden wieder attraktiver. So schafft der Staat den Rahmen für gerechte Verhandlungen auf Augenhöhe. Das führt zu einem Arbeitsmarkt, in dem der persönliche Verdienst die erbrachte Leistung widerspiegelt.

„Wohlstand für Alle!“ braucht Fachkräfte der Zukunft

Fachkräfte sind ein entscheidender Standortvorteil Deutschlands. Seit jeher sind die Fachkräfte unseres Landes Rückgrat der Wirtschaft und ermöglichen großen Wohlstand in einem rohstoffarmen Land. Damit das so bleibt, gilt es, vor allem drei großen Herausforderungen zu begegnen. Dabei setzt die CDU darauf, Bewährtes zu bewahren und neue Akzente zu setzen.

Erstens wollen wir die Attraktivität von Ausbildung und Dualem Studium erhöhen. Die berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichwertig. Die zunehmende Akademisierung darf kein Selbstzweck sein. Deshalb wollen wir verstärkt das wertschöpfende und werthaltige Element der Ausbildung in den Vordergrund stellen. Es ist wichtig, dass mehr junge Menschen unterbesetzte und unerlässliche Ausbildungsberufe ergreifen. Dafür braucht unser Land eine bessere Grundlage für und einen attraktiven Einstieg in die Berufsausbildung: Zum Beispiel ausbildungsvorbereitende Praxisjahre, fundierte Informationen zu möglichen Berufen und Anreize für perspektivisch besonders gefragte Ausbildungsfelder.

Zweitens gilt es, Inhalte und Methoden der Berufsausbildungen weiterzuentwickeln. Sie müssen auf die facettenreichen und wandelbaren Anforderungen des modernen Arbeitsmarkts ausgerichtet werden. Zu häufig herrscht Diskrepanz zwischen Qualifikationen, die Arbeitgeber suchen und denen, die Arbeitssuchende anbieten. Dafür müssen Ausbildungen einerseits generalisierbare Fähigkeiten, gerade in Bezug auf Technologie und Digitales, in den Mittelpunkt stellen. Andererseits sollten wir Berufsausbildungen nicht als isolierten Lebensabschnitt denken, sondern vermehrt auf lebenslange Weiterbildung und Qualifizierung setzen – zum Beispiel durch einen modularen Aufbau und zunehmende Integration in den Arbeitsalltag.

Drittens wollen wir die Attraktivität Deutschlands als Standort, Wohnort und Bildungsstätte besser ausspielen. Wie schon vor Jahrzehnten zu Zeiten des Wirtschaftswunders sind wir als CDU auch heute überzeugt: Zugewanderte Fachkräfte können ein entscheidender Faktor wirtschaftlichen Erfolgs sein, gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt liegt im Interesse unseres Landes. Auch das ist ein Teil unseres Wohlstandsversprechens: Jeder, der mit an unserem gemeinsamen Erfolg arbeitet, darf auch an ihm teilhaben. Das gilt insbesondere in Zeiten demografischer Herausforderungen. Um diese Attraktivität des Wohn- und Arbeitsortes Deutschland wirksam auszuspielen, müssen die Rahmenbedingungen für kontrollierte Fachkräftezuwanderung verbessert werden. Wir sprechen uns für schnelle und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse und für kurzfristige Starthilfen und langfristige

Perspektiven aus. Menschen aus aller Welt wollen an diesem Projekt teilhaben, wenn wir ihnen die Möglichkeit geben. Dabei müssen wir selbstbewusst zu unseren Stärken, unseren Werten und unserer Identität stehen. So wird unsere weltoffene Heimat ein internationaler Fachkräftemagnet.

Wir in der CDU sind überzeugt, dass Arbeit kein notwendiges Übel ist, sondern dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung entspricht und der Entfaltung unser aller Potenziale dient. So wollen wir die Arbeit der Zukunft gestalten. So wollen wir wie einst Ludwig Erhard die dynamischen Kräfte in unserem Land entfesseln. So schaffen wir Wohlstand auch in anstrengenden und unsicheren Zeiten.

Teil IV: Eigentum und Vermögen

Eigentum und Vermögen ermöglichen Freiheit und Sicherheit. Sie sind für den Einzelnen wertvoll, denn sie bedeuten Stabilität, Verlässlichkeit, Krisensicherheit und Chancen. Und sie sind für die Gesellschaft wertvoll, denn zu Eigentum und Freiheiten gehören Verpflichtungen gegenüber und Verantwortung für das Gemeinwohl.

Verantwortungsland Deutschland: Land der Eigentümer

Deutschland soll eine Gesellschaft des persönlich verantworteten Privateigentums sein. Eine Gesellschaft der Eigentümer ist eine solidarische Gesellschaft und eine starke, stabile Demokratie: Weit verbreitete Mittellosigkeit und übermäßige Vermögenskonzentration schaden demokratischer Gleichstellung gleichermaßen.

Wer Eigentum hat, hat ein persönliches Interesse am Wohlergehen des Landes, an unserer Gesellschaftsordnung und unserer Umwelt. Und wer Eigentum hat, haftet und trägt so verstärkt Verantwortung für die Konsequenzen der eigenen Entscheidungen. In einer Gesellschaft des Privateigentums ist das persönliche Eigeninteresse also auf das Gemeinwohl ausgerichtet. Ohne Verantwortlichkeit und ohne persönliches Risiko driften individuelle Anreize und gemeinschaftliche Notwendigkeiten auseinander.

Eine Gesellschaft der Eigentümer muss auch eine Gesellschaft des Wohneigentums sein. Ein Eigenheim schafft für den Einzelnen Sicherheit, Stabilität und Vorsorge für Alter und Familie; und es schafft für die Gesellschaft Verantwortung für die eigene Gemeinde und Umwelt.

Wohneigentum ist der klassische Weg zur Vermögensbildung für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Sie besitzen nicht nur mehr Immobilienvermögen, sondern auch mehr Geldvermögen. Denn Wohneigentümer sparen deutlich mehr. Eine Stärkung der Wohneigentumsbildung in den mittleren und unteren Einkommensschichten kann folglich zum Abbau der Ungleichheit beitragen.

Wohneigentum ist zudem die einzige Form der Altersvorsorge, die man schon in jüngeren Jahren genießen kann. Deshalb möchten viele Menschen ihren Traum vom Eigenheim verwirklichen. Gleichzeitig gelingt dies unter den Bedingungen steigender Zinsen, steigender Baukosten und erhöhter Nachfrage immer weniger Menschen. Deutschland nimmt im europäischen Vergleich den vorletzten Platz bei der Wohnungseigentumsquote ein, kaum jeder Zweite in Deutschland lebt in den eigenen vier Wänden. Das wollen wir ändern: Durch steuerliche Entlastungen, etwa durch einen Freibetrag auf die Grunderwerbssteuer bei erstmaligem Erwerb, durch die Erleichterung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Wohnungsbau, durch die rigorose Entschlackung von kostenreibenden Auflagen und Regularien im Bauwesen und durch realistische Finanzierungsmöglichkeiten, auch durch staatlich abgesicherte Mietkaufmodelle. Das mietfreie Wohnen ist ein unverzichtbarer Baustein der privaten Altersvorsorge und sollte als solche auch weiter gefördert werden.

Privateigentum muss eine sichere Bank sein. Dafür müssen der Geldwert und die Preise vorhersehbar und stabil bleiben. Wir bekennen uns zum verantwortlichen Umgang mit der Geldmenge: Durch die Einhaltung europäischer Verträge, währungspolitische Verlässlichkeit, zurückhaltende Haushaltspolitik und die Gewährleistung der politischen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Außerdem müssen preistreibende Angebotsschocks vermieden und notfalls abgefedert werden.

Eigentum ist kein Selbstzweck: Wo gemeinschaftliche Nutzung verlustfrei möglich ist, wird unsere Gesellschaft effizienter und nachhaltiger. Geschäftsmodelle der Sharing Economy stellen für Einige, gerade in großen Städten, eine naheliegende Alternative zum Privateigentum dar. Sie bieten Flexibilität, Nachhaltigkeit und häufig niedrigere Preise. Wo der Wunsch nach Verlässlichkeit und Sicherheit besteht, schlägt kein Modell das Privateigentum. Aber wo Ressourcenverbrauch reduziert, Gemeinschaft geschaffen und effizienter gewirtschaftet werden kann, begrüßen wir die Sharing Economy. Sie ist ein Beispiel der Anpassungsfähigkeit des Marktes an die Bedürfnisse und Prioritäten unserer Zeit.

Vermögensgerechtigkeit durch Aufstiegsmöglichkeiten

Vermögenspolitik ist gerecht, wenn jeder die Möglichkeit hat, Vermögen aufzubauen. Vermögen ist keine Selbstverständlichkeit: Das Wohlstandsversprechen beinhaltet nicht, dass der Staat Eigentum an alle aushändigt. Aber wir sind überzeugt, dass alle am Wohlstand beteiligt werden sollen, die ihren Teil zum Gelingen der Gesellschaft beitragen. Das bedeutet faire Löhne, leistungsgerechte Steuer- und Sozialsysteme und Förderung des Vermögensaufbaus. Die CDU steht für gerechte Vermögenspolitik durch Chancengerechtigkeit, nicht Ergebnisgleichheit.

Vermögenspolitik ist Krisenpolitik: Die Krisen unserer Zeit gefährden wirtschaftliche Existenzen und damit persönliche Lebensentwürfe. Wer in prekären Verhältnissen lebt, wer keine Rücklagen hat, und selbst wer in Miete lebt, ist häufig besonders stark von wirtschaftlichen Krisen betroffen. Vermögensaufbau bedeutet für uns deshalb Teilhabe an Sicherheit und Stabilität: Rücklagen zu schaffen, Wohneigentum zu erwerben, finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen - das alles federt die Härte von Krisen ab.

Wir denken Vermögensgerechtigkeit vom Individuum, nicht vom Staat her. Das heißt nicht, dass wir Vermögensgerechtigkeit dem Einzelnen überlassen: Wo substantielle Vermögenskonzentration zu Machtasymmetrie führt, stärken und schützen wir die Vielen. Und wo durch solche Vermögenskonzentration der Markt in Schieflage gerät, müssen Kartell- und Wettbewerbsrecht entschiedene und umfassende Interventionen vorsehen. Aber direkte Eingriffe in bereits erwirtschaftetes Vermögen, etwa durch eine Vermögenssteuer, lehnen wir ab. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sie zu Kapitalflucht und rückläufigen Investitionen führen. Verteilungskämpfe und politisch angetriebener Neid führen zu gesellschaftlicher Spaltung statt Gerechtigkeit.

Entgegen libertärer Kräfte erkennen wir an, dass soziale Ungleichheit ein schwerwiegendes Problem für den Zusammenhalt darstellt. Entgegen kollektivistischer Kräfte glauben wir aber, dass die Lösung darin besteht, die Schwachen zu stärken, und nicht, die Leistungsträger einzuschränken.

Gute Rahmenbedingungen für mehr Wohlstand

Wo Leistung Vermögensaufbau bedeutet, wird Wohlstand erwirtschaftet. Das wissen wir aus der Geschichte des Wirtschaftswunders und der Wiedervereinigung. Dabei ist es die Aufgabe des Staates, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Das geschieht in drei Bereichen:

- Vermögensaufbau durch Unternehmertum: Wenn unternehmerische Risiken eingegangen werden und Neues gewagt wird, bringt das Gesellschaft und Wirtschaft voran. Damit das noch häufiger geschieht, muss sich Unternehmertum lohnen. Dafür dürfen staatliche Belastungen und Anforderungen, ob finanziell oder administrativ, Gründungen nicht im Keim ersticken, sondern müssen für die volatilen ersten Jahre ausgesetzt oder aufgeschoben werden. Dafür brauchen wir mehr Risikokapital: Bedingungen für internationale Fonds müssen verbessert und das Investitionskapital lokaler Fonds muss erhöht werden - zur Not auch durch staatliche Mitbeteiligung. Und dafür braucht es Möglichkeiten, von erfolgreichen Gründungen auch persönlich zu profitieren, beispielsweise durch steuerliche Erleichterungen für Veräußerungen.
- Vermögensaufbau durch Arbeit: Arbeit bleibt der zentrale Weg zu Wohlstand und Eigentum. Die Einkommen in Deutschland sind hoch und weitgehend gerecht verteilt. Das muss sich stärker in der Vermögensbildung und Vermögensverteilung niederschlagen. Dafür ist die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ein wichtiger Schritt: Sie schafft direkte Vermögensbildung durch Arbeit und garantiert dabei Mitbeteiligung an den eigenen beruflichen Erfolgen. Diese wollen wir deutlich ausbauen, etwa durch steuerliche Erleichterungen, wie höhere Steuerfreibeträge und neuen Formen der Mitarbeiterbeteiligung bei Firmengründungen / Start-Ups. So schaffen wir Leistungsgerechtigkeit, Identifikation mit der eigenen Arbeit und eine klare Perspektive zu Eigentum und Vermögen für jeden einzelnen, der durch Arbeit seinen Teil zu unserem Wohlstand beiträgt.
- Vermögensaufbau durch Sparen und Anlegen: Damit Einkommen zu Vermögen wird, und damit Vermögen sicher und stabil bleiben, muss Sparen und Anlegen sicher und lukrativ sein, zum Beispiel durch Erhöhung des Sparerpauschbetrags und steuerliche Berücksichtigung von Negativzinsen. Damit mehr erfolgreich angelegt wird, brauchen Bürgerinnen und Bürger transparente und verständliche Informationen zum Umgang mit ihrem Geld. Sie müssen über Chancen und Risiken angemessen unterrichtet und dürfen bei Anlageentscheidungen nicht bevormundet werden. Außerdem braucht es

verstärkte Anreize dafür, aus Einkommen Vermögen zu schaffen, zum Beispiel durch staatliche Unterstützungen für Erstinvestitionen. Auch die Altersvorsorge ist ein wichtiger Teil des über das Leben hinweg angesparten Vermögens. Wir wollen deshalb die Möglichkeiten zum freiwilligen Vermögensaufbau für das Alter stärken, beispielsweise durch eine steuerliche Befreiung der Veräußerungsgewinne aus Aktien und Aktienfonds nach längerer Haltedauer. (Zur Stärkung der zweiten und dritten Säule in der Altersvorsorge arbeitet die FK Soziale Sicherung / Rente).

- Vermögensaufbau von Geburt an: Modelle: 10.000 EUR bei Geburt oder 100 EUR / Monat bis 18. Lebensjahr?????

Wir in der CDU stehen für eine gerechte Gesellschaft, in der sich jeder sein eigenes Eigentum und Vermögen erarbeiten kann und niemand Angst um seinen Wohlstand haben muss. Dieses Leitbild hat jahrzehntelang den Wohlstand unseres Landes gemehrt und die Gesellschaft über Vermögensverhältnisse hinweg zusammengehalten. Damit es auch in Zukunft Realität wird, wollen wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Menschen an ihre eigene Zukunft glauben und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können. So bauen wir an der Zukunft der Gesellschaft des verantworteten und verantwortlichen Privateigentums.

Teil V: Steuern und Finanzen

Die CDU ist die Partei der soliden Finanzen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld muss Pflicht des Staates sein; Verschwendung ist für uns inakzeptabel. Weil die Aufgaben des Staates verantwortlich erfüllt werden müssen, heißt das: so viele Steuern wie nötig, um Schutz und Fürsorge zu gewährleisten und in die Zukunft unseres Landes zu investieren. Und aus Respekt vor dem Steuerzahler und seiner Arbeit bedeutet das: So sorgfältiges Haushalten, so effektive Ausgaben und so wenige Steuern wie möglich.

Steuern dienen der Finanzierung des Staates - je mehr staatliche Ausgaben, desto höher die Steuerlast. Jeder zusätzliche Cent Steuern ist eine marginale Einschränkung der Freiheit des Einzelnen und braucht deshalb eine starke Rechtfertigung der verknüpften Ausgaben. Bei alledem ist unser Ziel, dass die Steuerlast möglichst niedrig bleibt. Denn wir wissen: Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften.

Angesichts der staatlichen Aufgaben und wichtigen steuerlichen Funktionen, besonders in Krisenzeiten, bleiben pauschale Forderungen nach niedrigeren Steuern jedoch häufig hinter den Notwendigkeiten zurück. Die CDU ist auch künftig die Partei der möglichst niedrigen, aber hinreichend hohen Steuern - und damit nicht per se die Partei der Steuersenkungen oder Steuererhöhungen.

Wohlfahrtsförderung durch Steuerpolitik

Das Steuersystem spielt eine wichtige Rolle für unsere wirtschaftliche Ordnung und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Für uns sind dabei drei Elemente zentral: Leistungsanreiz, Lenkungsfunction und Konkurrenzfähigkeit.

Steuern sollen den Leistungsanreiz bewahren: Damit die Menschen einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, muss sich diese Leistung auch individuell lohnen. Hohe Steuern und zu starke Sozialsysteme riskieren, dass Arbeiten keinen individuellen wirtschaftlichen Mehrwert mehr bringt. Hohe Erbschaftssteuern verhindern, auch für die nächste und übernächste Generation Eigenheime zu bauen und Vermögen aufzubauen. Und zu hohe Steuerlasten bedingen, dass Unternehmensgründungen das erhebliche Risiko nicht wert sind. Unter solchen Umständen stünde der Motor unseres Wohlfahrts still. Deshalb setzen wir für Wachstum und Fortschritt auf das selbstbestimmte Individuum und räumen unnötige Hürden aus dem Weg. Das lohnt sich letzten Endes auch im Sinne der Staatsfinanzierung, denn eine stärkere Wirtschaft bedeutet einen höheren Steuerertrag. Lieber ziehen wir einen kleineren Teil einer großen Wirtschaft als einen großen Teil einer kleinen Wirtschaft als Steuer ein.

Zu einem leistungsgerechten Steuersystem gehört eine faire Besteuerung von Erbschaften. Das bestehende System der Erbschaftsteuer in Deutschland ist zu kompliziert, bürokratisch und anfällig für missbräuchliche Steuergestaltung. Daher streben wir einen einheitlichen niedrigen Erbschaftssteuersatz von zehn Prozent auf das gesamte übertragende Vermögen unter der Berücksichtigung von persönlichen Freibeträgen an, der für alle Erbschaften gleichermaßen gilt. Die Vererbung selbst genutzten Wohneigentums innerhalb der Familie wollen wir durch ausreichend hohe Freibeträge schützen. Eine zinslose Stundung der Erbschaftsteuer auf zehn Jahre soll zum Erhalt von Betriebsvermögen möglich sein. Eine Vermögenssteuer lehnen wir ab.

Steuern sollen dazu beitragen, den Markt in richtige Bahnen zu lenken: Wo Anreize nötig sind, um den Markt auf langfristige Perspektiven oder akute Notwendigkeiten auszurichten, sind steuerliche Anpassungen das Mittel der Wahl. Anders als staatliche Übernahme, Verbote und bürokratische Kontrollen schaffen es steuerliche Anreize, die Dynamik und Kreativität der Märkte beizubehalten.

Das Steuersystem muss im internationalen Vergleich attraktiv und wettbewerbsfähig sein: Für die Entscheidung eines Unternehmens, einer Fachkraft, eines Investors zwischen Deutschland und einem anderen Land spielt das Steuersystem eine entscheidende Rolle. Steuerpolitik ist auch immer Standortpolitik. Durch eine hohe Steuer- und Abgabenlast verlieren wir im internationalen Vergleich bei der Suche nach Fachkräften ebenso wie bei der Standortsuche für Gründungen, Investitionen und Akquisitionen. Darunter leidet unser Wohlstand - und damit letzten Endes wieder die Staatsfinanzierung. Wir brauchen eine strukturelle Modernisierung der Unternehmensbesteuerung. Eine wettbewerbsfähige Besteuerung der einbehaltenen Gewinne von Unternehmen schafft Wachstumsimpulse. Niedrige Steuern für Unternehmen bringen höhere Löhne, mehr Beschäftigung und höheres Wachstum. Um weiterhin ein konkurrenzfähiger Standort zu bleiben, muss Deutschland daher auf Veränderungen in der internationalen Steuerlandschaft reagieren. Wir wollen daher die Steuerbelastung sowohl für Kapital- wie für Personengesellschaften für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent deckeln. Es geht aber auch um die Verbesserung von Strukturen im Steuerrecht, insbesondere bei den Abschreibungen, der Verlustverrechnung, der Digitalisierung und der steuerlichen Forschungsförderung. So schaffen wir in den Unternehmen die finanziellen Spielräume für die notwendigen Investitionen im Rahmen des Transformationsprozesses.

Gerechte und einfache Steuern

Ein erfolgreiches Steuersystem muss gerecht und einfach sein. Gerechtigkeit bedeutet für uns: Der Maßstab für die Besteuerung ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Auch in Zukunft sollen starke Schultern mehr tragen als schwache. Wer mehr Einkommen hat, soll mehr zur Finanzierung des Staates beitragen. Diese progressive Struktur ist und bleibt Grundlage eines leistungsgerechten Steuersystems. Wir wollen die hart arbeitende Mitte entlasten und daher den Einkommenssteuertarif spürbar abflachen. Das Einkommen, bei dem der Spitzensteuersatz greift, liegt derzeit schon bei dem 1,5-fachen des Durchschnittseinkommen. Das ist leistungshemmend. Der Einstieg muss erst später erfolgen. Dafür werden wir die

Progressionszonen der Höhe nach anpassen. Den Solidaritätszuschlag wollen wir dabei komplett abschaffen. Im Gegenzug kann der Steuersatz für Spitzenverdiener in der obersten Progressionszone im Sinn der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit für besonders hohe Einkommen steigen.

Einfachheit bedeutet für uns: Das Steuersystem muss verständlich und nachvollziehbar sein. Nur so wird es akzeptiert. Wir wollen Ausnahmetatbestände bei der Einkommens-, der Erbschafts- und der Umsatzsteuer reduzieren und sind davon überzeugt, dass durch weniger Ausnahmen Steuersätze sinken können. Unnötige Steuern wollen wir abschaffen. Dort, wo es einen unmittelbaren Zusammenhang zu den öffentlichen Ausgaben gibt, sollen Steuern durch Nutzungsgebühren ersetzt werden. Versuche, jede tagespolitische Forderung und jeden aktuellen Trend steuerrechtlich zu verankern, lehnen wir ab. Den vermeintlichen Gegensatz von Einfachheit und Gerechtigkeit lehnen wir ebenfalls ab: Je einfacher ein Steuersystem, desto weniger Unterschiede werden durch teure Beratung und komplexe Sonderregelungen und Lücken aufgeworfen - das ist gerecht.

Im Sinne dieser Ansprüche gilt auch in der Steuerpolitik das Subsidiaritätsprinzip. Wir wollen dem Staat, Ländern und Kommunen mehr finanzielle Eigenverantwortung ermöglichen. So sollen Kommunen statt der Gewerbesteuer Zuschläge auf ihren Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer erheben dürfen. Aus dieser Subsidiarität entsteht Wettbewerb und Transparenz.

Diesen Forderungen liegt unser Verständnis staatlicher Aufgaben zugrunde: Ein erfolgreicher Staat vereint Stärke und Demut. Stärke, weil er entschieden verlässliche Rahmenbedingungen schafft; und Demut, weil er sich dabei nicht als autoritär bestimmende, sondern als ermöglichende Kraft versteht. Deshalb soll das Steuersystem dem Einzelnen den Weg frei machen, sein Potenzial zu entfalten und gleichzeitig seine Leistung in Bahnen lenken, die dem Gemeinwohl zuträglich sind. Wir stellen uns dieser Herausforderung, statt im libertären Sinne Gemeinwohlorientierung und Gerechtigkeit zu vernachlässigen oder im sozialistischen Sinne die Leistung des Einzelnen aus dem Auge zu verlieren: Wir in der CDU nehmen das reflektierte Interesse des Steuerzahlers genauso ernst wie den Anspruch der Gemeinschaft. So sind wir auch in der Steuerpolitik die politische Kraft der vernünftigen Mitte.